

Weltwirtschaftsforum in Davos

## "Leben und Freiheit sind wichtiger als das letzte Krümelchen Wohlstandsgewinn"

Beim Weltwirtschaftsforum in Davos herrscht Krisenstimmung. Manche beschwören sogar das Ende der Globalisierung herauf. Der Ökonom Moritz Schularick will, dass die deutsche Wirtschaftspolitik sich auf diese neuen Zeiten einstellt.

Interview: **Thomas Fischermann** und **Uwe Jean Heuser**

Aktualisiert am 19. Januar 2023, 10:05 Uhr ⓘ / [63 Kommentare](#) /

AUS DER ZEIT NR. [04/2023](#)



*Der Teppich wird ausgerollt: Eindrücke vom Gipfel im schweizerischen Davos © Philip Frowein für DIE ZEIT*

**DIE ZEIT:** Diese Woche tagt das Weltwirtschaftsforum in Davos und diskutiert über lauter Krisen: Kriege, Protektionismus, Uneinigkeit bei der Klimapolitik. Die Globalisierung sollte doch mal mehr Wohlstand und mehr Weltfrieden bringen – hat sie versagt?

**Moritz Schularick:** Zumindest stehen wir nicht zum ersten Mal in der Geschichte vor der Einsicht, dass die weltwirtschaftliche Verflechtung Konflikte auch fördern kann. Das war in der ersten Phase der Globalisierung vor dem Ersten Weltkrieg ganz ähnlich.

Und wir müssen wohl konstatieren, dass auch unsere Demokratien nach ein paar Jahrzehnten Globalisierung in keinem besonders guten Zustand sind. Zwar ist Deutschland noch relativ stabil, aber der weltoffene, demokratische Kapitalismus steckt in der Krise. Globalisierung geht mit der Wahrnehmung von Kontrollverlust einher: Man wird abhängig von globalen Wertschöpfungsketten, Handelsströmen, Kapitalflüssen, Einbrüchen am amerikanischen Häusermarkt und so weiter. In Großbritannien hat das zum Slogan des *take back control* und dann zum Brexit geführt, in den USA zu *America first*.



**MORITZ SCHULARICK**

lehrt Ökonomie an der Universität Bonn. Seine Schwerpunkte sind Makroökonomie, Globalisierung und Wirtschaftsgeschichte.

**ZEIT:** Es ist noch nicht so lange her, da wären Sie mit dieser Zusammenfassung an keiner volkswirtschaftlichen Fakultät des Landes durch ein Hauptseminar gekommen. Da wurden noch Glaubenssätze verkündet: Die Globalisierung schafft Wirtschaftswachstum, im Schnitt werden alle wohlhabender, die paar Verlierer der Entwicklung entschädigen wir, und alle sind zufrieden. Lag die ganze Ökonomenzunft falsch?

**Schularick:** Nein, wirtschaftlich gesehen sind viele dieser Argumente ja richtig. Da spricht in der Tat viel für Offenheit, für Arbeitsteilung und Innovationswettbewerb. Wenn der Kuchen insgesamt wächst, können die Gewinner die Verlierer entschädigen. Fragt man dann aber konkret: "Wie soll diese Entschädigung aussehen?", dann gibt es sehr schnell Streit. Die Gewinner verteidigen lautstark ihre Interessen, und die Gewinner haben ja den Erfolg, das Geld und den politischen Einfluss.

**ZEIT:** Sie sagen, dass das in der Geschichte schon früher vorgekommen ist. Waren Volkswirte und Politiker dann also zu geschichtsvergessen?

**Schularick:** Der Handelsökonom alten Stils denkt diese politökonomischen Nebenbedingungen in der Tat nicht immer mit. Sie sind auch nicht Teil der Modelle. Da muss man sich auf unsicheres Terrain begeben und sagen: Diese Entschädigungen sind politische Prozesse, die so einfach nicht zu modellieren sind.

**ZEIT:** Heißt das jetzt: Wir müssen die Globalisierung zurückdrehen [<https://www.zeit.de/2022/33/globalisierung-weltordnung-geschichte-europa-usa>]?

**Schularick:** Nein, ich denke, wir sollten in den nächsten Jahren diese Idee vom globalen Austausch, auch in der Wissenschaft und der Kultur, so weit wie möglich weiter vorantreiben. Offenheit ist ja auch ein Wert an sich. Neu justieren werden wir aber in der Frage, in welchem Maße wir bereit sind, dem Effizienzdruck der globalen

Arbeitsteilung nachzugeben, und welche Abhängigkeiten wir dafür in Kauf nehmen wollen. Vielleicht kommen wir jetzt auch in eine Phase, wo erst mal die Stabilisierung unserer Demokratien und das Zurückdrängen des Populismus im Vordergrund steht.

Das Rote Telefon

## Was treibt Sie zum Jahresanfang um?

Rufen Sie an und erzählen Sie es uns. Was beschäftigt Sie im Moment? Was verändert sich in Ihrem Leben und vor Ihrer Haustür? Mehr dazu [<https://www.zeit.de/gesellschaft/2022-11/das-rote-telefon-winter>].

Anrufzeiten: Montag, Mittwoch, Donnerstag, 12 bis 17 Uhr



**Anrufen**

Sprachnachricht schicken [<https://wa.me/+494074305513>]

Ihren Anruf beantwortet gerade Ann-Kristin Tlusty.

**ZEIT:** In Davos wird nun diskutiert, ob es mit der Globalisierung überhaupt noch weitergehen kann. Seit wann wird daran so deutlich gezweifelt?

**Schularick:** Das Umdenken hat schon vor fünf oder sechs Jahren begonnen, als die USA entschieden, dass ihr bisheriger Umgang mit China [<https://www.zeit.de/2022/33/china-handelspartner-politik-wirtschaft-abhaengigkeit>] nicht mehr funktioniert. Bis dahin gab es die Vorstellung, dass die enge wirtschaftliche Symbiose dieser beiden Supermächte zu so etwas wie "Wandel durch Handel" führt, dass China reicher und auch demokratischer wird und alle glücklich zusammenleben können. Aber schon in den Obama-Jahren wurde in den USA der Schalter umgelegt. Plötzlich hieß es: "Wir müssen aufpassen, China nicht zu stark zu machen. Wir wollen absolute Vorteile behalten in der Technologie und in der militärischen Stärke." Dann kamen die ersten Handelsbeschränkungen, man schaute stärker auf den Zugang zum amerikanischen Kapitalmarkt, auf Übernahmen von Unternehmen in sensiblen Bereichen und auf Technologieexporte.

**ZEIT:** Ausgelöst wodurch?

**Schularick:** Im letzten Jahrzehnt hat der wachsende Wohlstand in China eben keine zunehmende Demokratisierung gebracht [<https://www.zeit.de/politik/ausland/2022-08/china-menschenrechte-xi-jinping-politik>], sondern eher das Gegenteil. Das war die eigentliche Epochenwende, wahrscheinlich noch wichtiger als die Weltfinanzkrise im Jahr 2008. Die USA beschlossen für sich, dass eine komplett offene Weltwirtschaft nicht mehr im amerikanischen Eigeninteresse war, weil sie China zu stark machte. Die USA waren bis dahin aber der Garant dieser Globalisierung gewesen.



Dieser Artikel stammt aus der ZEIT Nr. 04/2023. Hier können Sie die gesamte Ausgabe lesen.

[<https://premium.zeit.de/abo/diezeit/2023/04>]

**ZEIT:** Braucht eine freiheitliche Weltwirtschaftsordnung denn solch einen Garanten?

**Schularick:** Der Wirtschaftshistoriker Charles Kindleberger hat einmal die These aufgestellt, dass eine offene Weltwirtschaft eine hegemoniale Schutzmacht braucht, die für offene Handelsbeziehungen und offene Kapitalmärkte sorgt. Und wir wissen, was in den 1920er-Jahren passierte, als Großbritannien nicht mehr stark genug war und als Schutzmacht abhandenkam, während die USA noch nicht bereit dafür waren. In der Weltwirtschaftskrise kam es dann zum kompletten Zusammenbruch der Globalisierung – viele

Länder erhoben hohe Zölle und schotteten sich voneinander ab. Das ist das düstere Szenario, das wir in den nächsten Jahren vermeiden wollen, gerade aus deutscher Sicht. Denn wir sind als Exportnation eine Wette auf die offene Weltwirtschaft

eingegangen.

**ZEIT:** Was unter diesen Umständen keine kluge Strategie mehr sein kann.

**Schularick:** Wir müssen uns jetzt jedenfalls Gedanken darüber machen, wo wir überall abhängig geworden sind und ob das zu weit geht: Lieferketten, Rohstoffe, Energie, Technologie, Finanzen. Und im ganzen Bereich von Industrie- und Technologiepolitik stellt sich die Frage, wie Europa zwischen den USA und China ökonomisch bestehen kann.

**ZEIT:** Sind unsere Volkswirte auf diese neuen Fragen gut eingestellt?

**Schularick:** Wir müssen künftig tiefer in die geoökonomische Werkzeugkiste schauen. Da geht es um Sanktionen, Industriepolitik und Exportrestriktionen und auch etwa um den strategischen Einsatz finanzieller Mittel. Wie kann man zum Beispiel die Entschuldung in Afrika und in anderen Regionen einsetzen, um politische Vorteile für den Westen zu generieren? Wie kann man Kapitalströme oder Infrastrukturfinanzierung nutzen, um andere Länder politisch an den Westen zu binden?

### **"Ich hoffe, dass die Politik nicht auf die Lobbyisten hereinfällt"**

**ZEIT:** Was Sie beschreiben, ist eigentlich ein Werkzeugkasten einer Art schwarzen Ökonomie. Zerstören wir dadurch nicht die Globalisierung erneut?

**Schularick:** Wir müssen natürlich untersuchen, was das alles für Wachstum und Wohlstand bedeutet – was uns die größere Autonomie und Resilienz also kostet. Wir müssen auch so viel Globalisierung wie möglich erhalten. Aber andere Zeiten erfordern andere Mittel, und das neue Primat der Geopolitik müssen wir ernst nehmen. Dahinter steht ja auch die Einsicht: Leben und Freiheit sind am Ende wichtiger, als das letzte Krümelchen Wohlstandsgewinn aus den globalen Wertschöpfungsketten herauszuquetschen. Wenn wir jetzt überlegen, wie Deutschland und Europa resilienter werden können, unabhängiger vom Rest der Welt, müssen wir das sicherlich nicht in jedem Bereich machen. Aber bei der Energieversorgung, bei Medikamenten oder bei strategischen Rohstoffen tut uns ein solcher Perspektivwechsel ganz gut. Und sicherlich müssen wir besser als bisher verstehen, wie autokratische Regime funktionieren und mit welchen weltwirtschaftlichen Waffen – oder sagen wir mal Werkzeugen – man sie im Bedarfsfall unter Druck setzen kann. Bei den Sanktionen gegen Russland sammeln wir gerade schon Erfahrungen.

**ZEIT:** Im Kalten Krieg haben Ökonomen auch so geredet.

**Schularick:** Falls es wirklich zu einem neuen Kalten Krieg zwischen den USA und China kommt, kann Europa nicht neutral bleiben, dafür sind wir sicherheitspolitisch viel zu abhängig von den USA.

**ZEIT:** Dann müssen wir uns künftig auch auf rauere Zeiten einstellen.

**Schularick:** Wir haben leider ein Jahrzehnt verloren, um Europa krisenfester zu machen. Es gab zum Beispiel kaum Fortschritt bei der Bankenunion oder der Kapitalmarktunion. Bis heute hängt die Finanzstabilität der Euro-Zone vom jeweils schwächsten Glied ab, mit der Folge, dass jedes Hüsteln irgendwo im Weltfinanzsystem hier sofort eine dicke Grippe auslöst. Wir könnten gemeinsam stärker sein, wenn wir ökonomische Risiken besser teilen würden. Auch Deutschland muss dabei größere finanzielle Risiken eingehen. Wir können uns nicht mehr hinter den immer gleichen Argumenten verstecken, dass so etwas unter Umständen zu falschen Anreizen führt und dass der deutsche Sparer für italienische Banken haften muss. Da müssen wir auch mal strategischen Mut haben und diesen gordischen Knoten durchschlagen.

**ZEIT:** Deutschland hat doch in den vergangenen Jahren schon viel zugelassen, bis hin zur ersten erheblichen gemeinsamen Schuldenaufnahme 2020. Verstehen wir Sie richtig, dass wir aus erweiterten strategischen Gesichtspunkten heraus anderen Ländern ihre Misswirtschaft finanzieren sollen?

**Schularick:** Ich sage, dass wir im deutschen Eigeninteresse ein starkes Europa in dieser neuen Weltwirtschaftsordnung brauchen. Voraussetzung für ein nach außen starkes Europa ist, dass wir krisenfest und handlungsfähig im Innern sind. Wir brauchen zum Beispiel seit Langem ein europäisches *safe asset*, also europäische Anleihen, die etwa mit Steuereinnahmen der EU besichert werden, um die Stabilität des europäischen Finanzsystems von der Schuldsituation einzelner Länder zu entkoppeln.

**ZEIT:** Und eine solche Umorientierung halten Sie politisch für erreichbar?

**Schularick:** In Deutschland gibt es einerseits diese große Angst vor der Schuldenunion, andererseits aber die Erwartung, dass Europa als geoökonomischer Akteur auch deutsche Interessen auf Augenhöhe mit den beiden Supermächten vertritt. Das passt letztlich nicht zusammen. Der politische Deal im nächsten Jahrzehnt könnte sein, dass

*Der Symbolgehalt stimmt:  
Muss in der Außenwirtschaft  
aufgeräumt werden?  
© Philip Frowein für DIE  
ZEIT*

Frankreich einer engeren politischen und militärischen Integration zustimmt, Deutschland sich dafür in Richtung einer Fiskalunion bewegt: die nächsten großen Schritte hin zu einer "immer engeren Union".

**ZEIT:** Sie haben eben schon beschrieben, dass deutsche Ökonomen häufig andere Disziplinen wie die Politikwissenschaft außen vor lassen. Und mit denen gemeinsam wollen Sie jetzt die geostrategische Wehrhaftigkeit Deutschlands stärken?

**Schularick:** Ganz so düster will ich die Situation in meinem Fach nun auch wieder nicht darstellen. Aber wir haben im Globalisierungsrausch der vergangenen 30 Jahre zu diesen Fragen viel intellektuelle Infrastruktur verloren. Es gibt nur noch wenige Fakultäten in Deutschland, an denen in größerem Umfang und auf höchstem Niveau außenwirtschaftliche Themen unterrichtet und erforscht werden. Eine Ausnahme: Es gibt natürlich das Institut für Weltwirtschaft in Kiel ...

**ZEIT:** ... das Sie als Präsidenten möchte.

**Schularick:** Es ist ja bekannt, dass ich den Ruf bekommen habe. Es gibt aber noch keine Entscheidung.

**ZEIT:** Wie ist es zu diesem Verlust an Expertentum gekommen?

**Schularick:** Es lag sicher unter anderem an dem Narrativ, über das wir gesprochen haben: von der Globalisierung, die gleichzeitig Wohlstand und Frieden bringt. Es lag aber auch an der politischen Großwetterlage. Über die Geschichte der Bundesrepublik hinweg wurde die Außen- und Sicherheitspolitik weitgehend an die USA outgesourct.

Außenwirtschaftspolitik blieb für Deutschland letztlich beschränkt auf Wirtschaftsförderung. Also: Wir haben da eine Lücke, wenn es darum geht, wie wir Außenwirtschaftspolitik und Geopolitik verbinden. Und die müssen wir jetzt schließen.

**ZEIT:** Was wäre aus Ihrer Sicht der nächste strategische Schritt für Europas Wirtschaftspolitik?

*Gute Aussichten? In Davos  
sehen viele die  
wirtschaftliche Lage kritisch.  
© Philip Frowein für DIE  
ZEIT*

**Schularick:** Nummer eins ist eine Inventur: In welchen Bereichen sind wir erpressbar, strategisch verletzlich? Die zweite Aufgabe lautet, eine Antwort auf die strategisch motivierte Industriepolitik in den USA und China zu finden. Aktuell müssen wir zum Beispiel auf eine Herausforderung aus den USA antworten, wo die inländische Produktion von Elektroautos stark subventioniert wird

[<https://www.zeit.de/mobilitaet/2022-12/e-mobilitaet-subventionen-elektroauto-usa-batterie>]. Amerika behandelt den Partner Europa da wie den Rest der Weltwirtschaft auch. Wir müssen mit den USA gemeinsam neue Wege finden, und ich denke, die Gesprächskanäle sind durch die Erfahrung der gemeinsamen geopolitischen Interessen im Zuge des russischen Angriffskriegs wieder offener.

Z+

## **Exklusiv für Abonnenten**

**Bürgerdialog in Illerkirchberg**

**"Ich verstehe alle Kinder, die Angst haben"**

[<https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2023-01/illerkirchberg-mord-buergerdialog-ece-s-vater>]

**Skifahren**

**Nichts macht den Kopf so frei wie Skifahren**

[<https://www.zeit.de/zeit-wissen/2023/01/skifahren-psychologie-gluecksgefuehle-flow-urlaub>]

**ChatGPT**

**So macht künstliche Intelligenz auch Ihr Leben besser**

[<https://www.zeit.de/digital/2023-01/chatgpt-kuenstliche-intelligenz-arbeit-alltag-tipps>]

Mehr Abotexte → [<https://www.zeit.de/exklusive-zeit-artikel>]

**ZEIT:** Gibt es auch eine strategische Industrie, auf die sich Europa selbst stürzen sollte?

**Schularick:** Also, da geht in der Diskussion einiges durcheinander. Gerade werden viele Befürchtungen um die Wettbewerbsfähigkeit der gesamten europäischen Industrie geäußert, weil die Energiekosten gestiegen sind. Ich hoffe, dass die Politik hier nicht auf die Lobbyisten hereinfällt. In den kommenden Jahren sollte es meiner Meinung nach zentral um Fragen der grünen Transformation und der Technologie gehen – etwa Chips und künstliche Intelligenz –, bei denen wir nicht abgehängt werden dürfen. Die beste Industriepolitik bleibt die Förderung von Innovation und Forschung. Ich denke, durch die enorme Aufmerksamkeit für die Energie-Thematik

durch den russischen Angriffskrieg ist der Zug in Richtung erneuerbare Energien und Klimatransformation jetzt wirklich in Fahrt gekommen. Den Leuten wird klar: Grüne Energie ist nicht nur gut fürs Klima, sondern mittelfristig auch die billigere und sicherere Lösung.